

**Arbeitstagung
der CSU-Landtagsfraktion
am 12. bis 14. Januar 2026
in Kloster Banz**



**„Klare Kante gegen islamistischen
Extremismus – für
Religionsfreiheit und Sicherheit“**

1 Religionsfreiheit ist ein Grundpfeiler unserer Verfassung. Wir setzen uns entschieden
2 für den Schutz dieses Grundrechts auf Religionsfreiheit ein.

3 Die überwiegende Mehrheit der in Bayern lebenden Musliminnen und Muslime fühlt
4 sich dem Freistaat verbunden, engagiert sich in Vereinen, prägt das gesellschaftliche
5 Leben und ist Teil unserer demokratischen Gemeinschaft. Gleichzeitig beobachten die
6 Sicherheitsbehörden seit Jahren das Erstarken islamistischer Strukturen, die die
7 Religion für politische Zwecke missbrauchen. Islamistische Akteure versuchen,
8 demokratische Institutionen zu untergraben, parallele Einflusststrukturen aufzubauen
9 und junge Menschen gezielt zu radikalisieren. Das Spektrum reicht von salafistischen
10 Netzwerken über legalistisch-islamistische Organisationen bis hin zu internationalen
11 islamistischen Strukturen wie dem Islamischen Staat (IS) oder der
12 Muslimbruderschaft.

13 Islamistische Radikalisierung bildet den Nährboden für Hass und Gewalt. Der Anteil
14 islamistischer Gefährder und relevanter Personen wächst. Die besondere Gefahr liegt
15 darin, dass ein erheblicher Teil sich online radikalisiert. Diese Gefährder sind kaum in
16 islamistische bzw. jihadistische Strukturen eingebunden und agieren allein oder in nur
17 lose vernetzten Gruppen. Social-Media-Plattformen, verschlüsselte Kommunikation
18 und internationale Vorbilder (z.B. islamistische Prediger und Influencer) sowie die hoch
19 professionelle Propaganda von Terrororganisationen wie dem IS oder der Hamas
20 beschleunigen Radikalisierungsschübe.

21 Bayern hat in den vergangenen Jahren eine starke Sicherheitsarchitektur aufgebaut,
22 repressive Maßnahmen umgesetzt und Präventionsprogramme aufgelegt. Doch
23 islamistische Organisationen entwickeln ihre extremistischen Strategien dynamisch
24 weiter – häufig gut organisiert, strategisch kommuniziert und teilweise international
25 eingebettet. Gerade die Radikalisierungstendenzen bei Minderjährigen und bei
26 Jugendlichen sind besorgniserregend.

27 Um unsere Werteordnung zu verteidigen und zu schützen, sind wir tolerant und
28 respektvoll gegenüber friedlichen Gläubigen, aber kompromisslos gegenüber
29 extremistischen Akteuren, Strukturen und Netzwerken. Unser Ziel ist der Schutz
30 unserer freiheitlich-demokratischen Grundordnung und unserer Bürgerinnen und
31 Bürger in einer offenen und freien Gesellschaft. Die Bekämpfung des Islamismus liegt
32 im ureigensten Interesse aller friedliebenden Musliminnen und Muslime in Bayern. Im
33 Übrigen verstärken sich Extremismen wechselseitig. Die Erschütterung der Sicherheit

des freiheitlichen demokratischen Staates ist immer auch Nährboden für andere Extremismen. Insoweit wirkt eine konsequente Bekämpfung islamistischen Extremismus auch dem Erstarken rechtsextremistischer und linksextremistischer Kräfte entgegen. Deswegen setzen wir uns insbesondere für folgende Maßnahmen ein:

1. Radikal-islamistische Strukturen konsequent benennen und bekämpfen

Trennscharfe Differenzierung

Wir unterscheiden klar zwischen dem Islam als Religion und den islamistischen Ideologien, die demokratische Werte ablehnen und die Religion für politische Zwecke instrumentalisieren. Für Extremisten, die die Religion missbrauchen, um unsere freiheitlich-demokratische Grundordnung auszuhöhlen, ist in unserem Rechtsstaat kein Raum.

Stärkung der Beobachtung radikal-islamistischer Strukturen

Deshalb stärken wir unsere Sicherheitsbehörden, um Netzwerke des radikalen Islamismus weiterhin umfassend zu beobachten und deren Strategien der Einflussnahme frühzeitig zu erkennen. Dazu gehören auch Dachverbände, Vereine und Organisationen, die demokratische Institutionen ablehnen oder unterwandern wollen. Dazu bedarf es u.a. eines abgestimmten Vorgehens im Bund und in den Ländern. Das Bundesministerium des Innern hat Ende November die neue Strategie zur Islamismusbekämpfung in Deutschland vorgestellt. Der neu eingesetzte „Beraterkreis Islamismusprävention und Islamismusbekämpfung“ soll in einem ersten Schritt den im Koalitionsvertrag vereinbarten Bund-Länder-Aktionsplan zur Islamismusbekämpfung erarbeiten. Dabei ist eine besondere Aufmerksamkeit auf die Aktivitäten im Internet bzw. in den sozialen Medien zu legen.

Transparenz stärken

Wir unterstützen Ansätze, die für Transparenz über ausländische Einflussnahmen, Finanzierungsquellen und strukturelle Verbindungen radikal islamistischer Akteure sorgen und diese erhöhen.

2. Gefährder und relevante Personen engmaschig überwachen

Effektives Gefährdungsmanagement

Wir setzen in Bayern auf das bewährte enge, dynamische und interdisziplinäre Gefährdungsmanagement, das wir bereits 2021 umgesetzt haben. Es nimmt frühzeitig Personen in den Blick, die sich in eine Radikalisierung hineinbewegen könnten – insbesondere solche, die online Auffälligkeiten zeigen oder islamistischen Narrativen folgen.

Extremisten mit waffenrechtlichen Erlaubnissen werden konsequent durch die Waffenbehörden entwaffnet.

Verstärkte Melde- und Aufenthaltsauflagen

Bestehende Instrumente zur Überwachung potentiell gefährlicher Personen wie KI-basierte Anwendungen zur individuellen, sequenzbasierten Erstellung von Fallchronologien für Risikoanalysen müssen wirksam angewandt und weiterentwickelt werden, um frühzeitig Gefahren zu erkennen und zu verhindern.

Konsequente Rückführungen

Personen, die unsere freiheitlich-demokratische Grundordnung oder die Sicherheit der Bundesrepublik Deutschland gefährden oder schwere Straftaten planen, müssen konsequent rückgeführt werden – auch nach Syrien und Afghanistan.

3. Radikalisierungsprävention modernisieren und ausbauen

Stärkung bestehender Präventionsangebote

Wir wollen bewährte Präventions- und Beratungsprogramme weiterentwickeln und dort stärken, wo sie besonders wirksam sind – etwa bei jungen Menschen, in Schulen oder in der Jugendarbeit.

Digitale Radikalisierung eindämmen

Radikalisierungsprozesse finden heute verstärkt im Netz statt. Islamistische Akteure sowie deren Propaganda und gezielte Opfer-Narrative erreichen junge Menschen heute vor allem über digitale Medien und Messenger-Dienste. Deshalb wollen wir digitale Präventionsangebote, Medienkompetenz und die Ermittlungsfähigkeiten im digitalen Raum weiter ausbauen, um Radikalisierungen frühzeitig zu erkennen und zu verhindern.

Zusammenarbeit mit moderaten muslimischen Gemeinden

Die Zusammenarbeit mit moderaten muslimischen Gemeinden ist wichtig und trägt zum gesellschaftlichen Zusammenhalt und zur Integration bei. Dabei fordern wir von den muslimischen Gemeinden aber eine noch klarere Distanzierung von Extremismus, Antisemitismus, Hass und Gewalt und eine noch stärkere aktive Aufklärungs- und Integrationsarbeit.

4. Einfluss von Islamisten in Einrichtungen und Organisationen begrenzen

Transparente Strukturen in religiösen Einrichtungen

Wir setzen uns für Rahmenbedingungen ein, die sicherstellen, dass religiöse Einrichtungen nicht von extremistischen Kräften beeinflusst oder gesteuert werden. Transparenz über Strukturen und Verantwortlichkeiten stärkt das Vertrauen in die überwältigende Mehrheit friedlicher Gemeinden.

Extremistische Vereine und Netzwerke, die verfassungsfeindliche Ziele verfolgen, dürfen keine staatlichen Kooperationen oder Förderungen erhalten. Vereine, die sich in aggressiv-kämpferischer Weise gegen die verfassungsmäßige Ordnung richten, sind konsequent zu verbieten.

Finanzierung und Qualifizierung religiösen Personals

Religiöses Personal, das in Bayern tätig ist, trägt besondere Verantwortung für den gesellschaftlichen Zusammenhalt. Wir respektieren das religiöse Selbstbestimmungsrecht, aber wir brauchen auch hier mehr verbindliche Vorgaben zu Qualifizierung, Transparenz und Finanzierung.

Das Ziel muss sein, im Sinne einer Bekämpfung der Radikalisierung die Finanzierung von Imamen aus dem Ausland zu beenden. Religiöse Amtsträger müssen ihre Ausbildung, Tätigkeit und Finanzierung offenlegen und dürfen nicht im Einflussbereich ausländischer Staaten oder Organisationen stehen, die unsere Werteordnung

117 ablehnen oder untergraben. Bis zur Sicherstellung einer umfassenden Ausbildung in
118 Deutschland fordern wir von Imamen, die aus dem Ausland entsandt werden, die
119 Teilnahme an speziellen Integrationskursen und ein klares Bekenntnis zu den Werten
120 der freiheitlich-demokratischen Grundordnung.

121 Bayern steht für Freiheit, Sicherheit und ein respektvolles Miteinander. Unsere
122 Aufgabe ist es, friedliche Musliminnen und Muslime zu schützen und extremistischen
123 Kräften entschieden entgegenzutreten. Radikaler Islamismus bedroht unsere
124 Demokratie, die Gleichberechtigung und den gesellschaftlichen Zusammenhalt – und
125 deshalb braucht es eine klare Haltung und entschlossene (Gegen-)Maßnahmen.

126 Uns ist es wichtig, dass Musliminnen und Muslime nicht unter Generalverdacht gestellt
127 werden. Deshalb ist uns eine differenzierende Kommunikation ein besonderes
128 Anliegen. Dabei ist der Einsatz gegen Muslimfeindlichkeit eine
129 gesamtgesellschaftliche Aufgabe. Wir stärken den Dialog und das Wissen über
130 unterschiedliche Kulturen und Religionen in Bayern. Denn Wissen übereinander ist die
131 beste Prävention gegen Extremismus und baut zudem Vorurteile ab.

132 Mit einer starken Sicherheitsarchitektur, moderner Prävention, dem Schutz
133 freiheitlicher Werte und enger Zusammenarbeit mit allen friedlichen Kräften in unserer
134 Gesellschaft sorgen wir dafür, dass Bayern ein Land bleibt, in dem Menschen
135 unterschiedlicher Herkunft und Religion sicher, frei und selbstbestimmt
136 zusammenleben können.